

Newsletter

Über meine Arbeit und alles, was damit zusammenhängt – vom **Wahlkreis** bis ins **politische Berlin**

Ausgabe Nr. 1

Intro

Sommerpause. Nach einer anstrengenden letzten Sitzungswoche verlasse ich Berlin mit dem Zug Richtung Kiel. Die Zeit in der Bahn ist für mich immer kostbar: Ich kann liegengebliebene Post und Mails abarbeiten, manchmal bleibt auch Muße zum Lesen oder eigene Texte schreiben. Etwa diesen hier. Als es zuletzt richtig heiß war, hat der Zug mehr als neun Stunden für die Strecke Berlin - Kiel gebraucht. Diese letzte Hitzewelle mit drei Temperaturrekorden müsste eigentlich selbst der Frau Wirtschaftsministerin Reiche die Dringlichkeit ins Hirn gehämmert haben: Deutschland muss zackig aus sämtlichen fossilen Energien aussteigen. Doch was macht die Regierungskoalition? Sie setzt noch einen obendrauf: SPD und CDU/CSU haben das unsägliche Gebäudemodernisierungsgesetz beschlossen. Mit „Modernisierung“ hat das Gesetz dabei wenig zu tun. Besser passte „Teurer-Wohnen-Gesetz“, denn es erlaubt Öl- und Gasheizungen über 2045 hinaus. Zwar sollen vermehrt „grüne Kraftstoffe“ zum Einsatz kommen, aber die werden eben ihren Preis haben. Viel schlimmer noch: Es ist völlig unklar,

wie sich dieses Gesetz auf das Erreichen der Klimaziele auswirken wird. Dazu lagen dem Parlament zum Zeitpunkt der Abstimmung keinerlei Informationen vor. Das ist eine völlige Blackbox.

Unsere Fraktion hatte deshalb vor dem Bundesverfassungsgericht ein Eilverfahren angestrengt. Wir wollten mehr Zeit für die Beratungen erwirken, Transparenz über die möglichen Auswirkungen schaffen, Daten einfordern. Das Gericht lehnte unsere Klage ab. Diese Niederlage ist aber eher Ansporn, noch widerständiger und widerspenstiger im Parlament zu agieren. Wir werden uns mit aller Kraft gegen diese Politik der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen stemmen! Eine zerstörende Wirkung wird diese letzte Sitzungswoche aber nicht allein in ökologischer Hinsicht haben. Geradezu desaströs wird sich das beschlossene Kürzungspaket von SPD und Union auf weite Teile der Gesellschaft auswirken. Ich verstehe nicht, wie die Regierung so handeln konnte. Wollen sie kurz vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt und MeckPomm der AfD noch mehr Wähler*innen zutreiben?!? Schaut man auf die mahnende Geschichte unseres Landes, wirkt die aktuelle, stümperha-



2

fte Politik der Koalition leider wie eine Blaupause jener Politik, die im deutschen Faschismus mündete. Das macht fassungslos und wenn es Die Linke nicht gäbe, man könnte verzweifeln. Aber es gibt uns. Das macht Hoffnung, bedeutet aber auch eine große Verantwortung. Derer müssen wir uns bewusst sein. Angesichts des Bundesparteitags ist mir richtig klar geworden: Wir dürfen uns nicht in spaltende Debatten verlieren. Wir müssen uns vor allem auf unsere Kernthemen fokussieren, an einem Strang ziehen. Wie sehr uns das gelingt, können wir bei der Erarbeitung unseres Landtags-Wahlprogramms und bald auch im Wahlkampf unter Beweis stellen. Es ist höchste Zeit, dass Die Linke wieder im Landtag in Schleswig-Holstein vertreten ist. Ich bin überzeugt, gemeinsam schaffen wir das, und ich will mich entschlossen dafür einsetzen!

In diesem Newsletter haben mein Team und ich einiges aus den letzten Wochen für Euch zusammengetragen. Alles abzubilden, hätte an dieser Stelle den Rahmen gesprengt. Dafür möchte ich Euch meine Social-Media-Kanäle empfehlen.

Das Allerbeste ist ohnehin, wenn wir direkt miteinander ins Gespräch kommen. Wenn ich noch nicht bei Euch vor Ort war, lasst uns gerne was verabreden. Und falls ich schon bei Euch war, komme ich gerne wieder.

Jetzt habt eine gute Zeit, genießt den Sommer, bleibt gesund!

Euer Gösta

Neues aus dem Norden

Besuch bei zwei Jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein

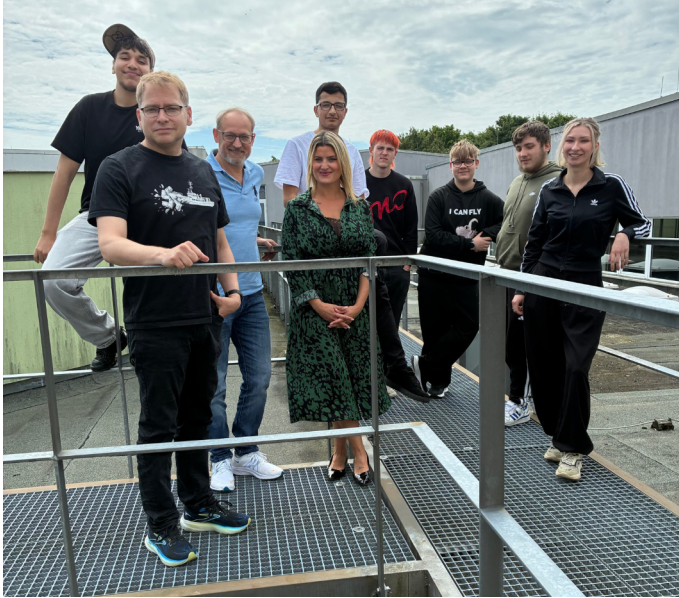
Der Austausch mit ihren Vertreterinnen und Vertretern war sehr interessant. Im Mittelpunkt standen Gespräche über die aktuelle Situation jüdischen Lebens, darunter auch Wahrnehmungen im Zusammenhang mit der Linken. Besonders beeindruckend waren auch die Einblicke in die Gemeindearbeit sowie die historischen Thora-Rollen.



Besuch der Comenius-Schule in Flensburg

Gemeinsam mit den Schüler*innen des Produktiven Lernens haben wir über ihren Berlin-Besuch, den Alltag im Bundestag Ausbildungsperspektiven und fehlende Aufenthaltsorte für Jugendliche in der Stadt gesprochen. Außerdem ging es um die wichtige Arbeit der Respekt Coaches, deren erfolgreiches Bundesprogramm zum Jahresen-

de auslaufen soll – ein herber Verlust für die präventive Arbeit an unseren Schulen.



Fahrt zur KZ Gedenkstätte Kaltenkirchen

Auf Vorschlag der Genoss:innen des KV Segeberg haben wir Anfang Juli die KZ-Gedenkstätte Springhirsch bei Kaltenkirchen besucht. Wir wurden von Marc Czychy, Leiter der Gedenkstätte, über das Gelände und durch die kleine, sehr beeindruckende Ausstellung geführt, haben uns über die Bedingungen der Gedenkstättenarbeit ausgetauscht und eine Spende des Fraktionsvereins der Linken im Bundestag übergeben.

In Springhirsch befand sich ein Außenlager des KZ Neuengamme. Mehr als 1.000 Menschen wurden hier noch im letzten Kriegsjahr zur Arbeit am Bau eines in der Nähe geplanten Militärflughafens gezwungen. Es waren überwiegend junge Männer, die die Nazis dafür aussuchten und die sie hier unter unmenschlichsten Bedingungen zu Hunderten in den Tod geschunden haben. Nach dem Krieg wurde die Existenz des



Lagers Jahrzehnte verschwiegen. Die Täter aus SS und Wehrmacht waren bekannt, doch für ihre grausamen Taten wurden sie nie zur Rechenschaft gezogen. Ein Hauptmann des Lagers kehrte sogar als Lehrer in den Schuldienst zurück. Der Besuch hat uns vor Augen geführt, wie wichtig und wertvoll die Arbeit der Gedenkstätten ist. Es fühlt sich übrigens nicht richtig an, dass sich das Gelände im Besitz der Hamburger Flughafengesellschaft befindet. Es sollte der Gedenkstätte übergeben werden.

Und noch etwas muss passieren: Obwohl Springhirsch direkt an der B 4 liegt, ist die Gedenkstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Das muss sich dringend ändern. Ein solcher Ort muss für alle Menschen zugänglich gemacht werden.



Besuch der Goethe-Schule in Flensburg

Auf Einladung der Schüler*innen gab es eine große Fragerunde in der alle erdenklichen Themenbereiche besprochen wurden. Von was die Ausschussarbeit ausmacht und bedeutet über Mobilität bis hin zu internationaler Politik. Es war sehr toll auf der einen Seite die Interessen und Bedenken der Schüler*innen zu hören und auf der anderen Seite meine Arbeit erklären zu können.

Beratung zum Kriegsdienst in Lübeck

Seit Dezember 2025 gibt es ein regelmäßige Beratungs- und Informationsangebot rund um das Thema Kriegsdienstverweigerung im Lübecker Wahlkreisbüro in Zusammenarbeit mit dem DFG-VK. Wir haben auch einen Informations-Flyer zum Thema ausgearbeitet. Bei Interesse schicken wir Euch gerne eine kleinere oder größere Stückzahl zu. Meldet Euch. Der Flyer eignet sich zum Verteilen an Infoständen, oder zum Auslegen in den Parteibüros. Kein junger Mensch darf zum Dienst an der Waffe gezwungen werden.

Stadtwerketour

Stadtwerke sind der zentrale Akteur, um vor Ort günstigen, sauberen Strom und Wärme zu produzieren. Gleichzeitig haben viele Stadtwerke Probleme mit der Finanzierung der Energiewende. Dafür waren mein Team und ich unterwegs, um drei Stadtwerke zu besichtigen und über deren Strategien und Herausforderungen für eine saubere Strom- und Wärmeerzeugung zu sprechen. In Neuruppin, Hannover und

Flensburg haben wir spannende Einblicke bekommen und die Kraftwerke besichtigt. Wir kämpfen für eine ausreichende und schnelle Finanzierung der Energiewende und brauchen dringend eine Abkehr von der aktuellen Politik von Merz, Reiche und Co., die die Menschen teuer zu stehen kommt. Konzepte für bezahlbare, saubere Energie und kommunale Finanzierung gibt es bereits und es liegt an uns, diese fortzuentwickeln.



Treffen mit Landesverband Energie- und Wasserwirtschaft zusammen mit TenneT, GP Joule



Anti-AfD-Demos in Flensburg

Bereits zwei Mal haben wir uns dieses Jahr gemeinsam mit hunderten Flensburger*innen den Infoständen der AfD entgegengestellt. Angesichts einer Politik der Bundesregierung, die durch den Abbau des Sozialstaates und eine verschärfte Migrationspolitik dem Faschismus den Boden bereitet, ist unser Widerstand gefragt denn je – in den Parlamenten und auf der Straße. Unser gemeinsames Zeichen war eindeutig: Faschismus hat in unserer Stadt keinen Platz.



Pressefrühstück in Kiel mit Landes- sprecher*innen und Tamara



Veranstaltung: Nein zur Wehrpflicht



Im Lauenburgischen und andernorts: Windkraftausbau braucht regionale Mitsprache und Beteiligung

Damit wir das fossile Zeitalter hinter uns lassen können, müssen Wind- und Solarenergie massiv ausgebaut werden. Auch bei uns in SH. Das Land will 5,5% seiner Fläche für Windkraftanlagen ausweisen. Das ist ambitioniert und trifft nicht überall auf Zuspruch. Um die Diskussion etwa im Lauenburgischen zu versachlichen, hat der dortige Kreisverband Mitte Juni in Mölln eine gutbesuchte Informationsveranstaltung zum Thema Windkraftausbau organisiert. Die Mär vom Infraschall und der angeblichen „Verschandelung der schönen Landschaft“ samt sinkender Immobilienpreise rund um die Windmühlen wurde natürlich auch in Mölln vorgetragen. Übrigens von zwei Anhänger:innen des BSW. Mehrheitlich interessierte sich das Publikum aber für die Frage: Wie können Planung und Betrieb transparent gestaltet werden, und wie schaffen die riesigen Windmühlen einen Mehrwert für die Menschen vor Ort. Gösta begrüßte den jetzt geplanten massiven Windkraftausbau, aber er müsse ganz anders gedacht und angegangen werden: Sozial gerecht, dezent-

tral und unter strenger Bürgerbeteiligung. Anwohnende und Kommunen müssten direkt an den Windenergieanlagen beteiligt werden, durch angemessene finanzielle Entschädigungen, vergünstigte Regionaltarife oder direkte (Mit)inhaberschaft. Nur das werde die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen und zum zügigen Ausbau führen. Für diese linkspolitische Sicht auf das Thema hat Gösta in Mölln viel Zuspruch erhalten.

Einen herzlichen Dank an den KV Lauenburg für die tolle Vorbereitung und Ausrichtung der Veranstaltung.



Besuch Kappelner Werkstätten

Die Kappelner Werkstätten gehören zu den größten Arbeitgebern der Region. Ich habe mich dort mit dem Werkstattleiter, dem Werkstatttrat und der Mitarbeitervertretung getroffen. Der Besuch hat deutlich gemacht, dass faire Teilhabe, Wertschätzung und gute Arbeitsbedingungen nicht allein vom Willen der Verantwortlichen sondern auch von gesetzlichen Vorgaben abhängig ist. Klargeworden ist, dass die gesetzlichen Regelungen noch erhebliche Lücken und Graubereiche aufweisen. Das muss schnellstens geändert werden.

Besuch beim SDS an der EUF



Gespräch zum FÖJ im Knikhus in Schwentinental

Eine der Einsatzstellen für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr in Schleswig-Holstein ist das Knikhus des BUND in Schwentinental. Dort traf sich Gösta zu einem Austausch mit Birgitt Fitschen, langjährige Leiterin und Koordinatorin der Ökologischen Freiwilligendiensten Koppelsberg, Josh Geertz vom Knikhus und sechs jungen Menschen, die derzeit an verschiedenen Stellen im Land ein Freiwilliges Ökologisches Jahr leisten, darunter auch die derzeitigen Landessprechenden der ökologischen Freiwilligendienste. Vom Koppelsberg aus werden aktuell 122 landesgeförderte Plätze und weitere zehn von Trägern selbst finanzierte Plätze koordiniert und betreut. Damit sind sie die größte Trägergemeinschaft im Land.

Das FÖJ gibt es seit 1992. Der Freiwilligendienst war von Anfang an partizipativ ausgerichtet: Auf Landes- und Bundesebene existieren Interessensvertretungen, Landes- bzw. Bundessprecherinnen werden jeweils für ein Jahr gewählt und stehen insbesondere der Politik als Ansprechpartner:innen zur Verfügung. Die Kontinuität in der Gremienarbeit ist gewährleistet: Ehemalige Sprechende stehen den Neuen oft noch über Jahre hinweg beratend zur Seite. Jährlich wird von den Bundes-

sprechenden ein Positionspapier mit aktuellen Forderungen an die Politik erarbeitet. Gegenüber Gösta sagten unsere Gesprächspartner:innen, dass insbesondere die Themen Wohnen und eine Anhebung des Taschengeldes sehr, sehr dringlich seien.

Ein Gesprächspartner schildert seine aktuelle Situation: Die ca. 400 Euro Taschengeld gehen für sein Zimmer in einer Kieler WG drauf, für alles andere bleibt ihm dann nur noch das monatliche Kindergeld. Nebenbei jobben ist nicht oder nur begrenzt realisierbar. Eine FÖJ-Stelle ist schließlich eine Vollzeitstelle und hat ein vergleichbares Aufgabengebiet. Die schlechten finanziellen Rahmenbedingungen bewirken, dass die Freiwilligendienste nicht allen interessierten, motivierten jungen Menschen offenstehen. In vielen Fällen entscheidet die Antwort auf die Frage „Können sich das meine Eltern leisten?“ darüber, ob man so einen Dienst überhaupt antreten kann. Wohlgemerkt einen Dienst an und für uns alle und für die uns umgebende Natur und Umwelt.

Mit ihren Forderungen rennen die FÖJler bei uns Linken natürlich offene Türen ein. Eine Angleichung des Taschengeldes an die BAFÖG-Sätze ist schon lange eine unserer Forderungen und längst überfällig. Das FÖJ darf einfach nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Das sehr angenehme Gespräch haben wir mit einem kleinen Spaziergang entlang der Schwentine abgerundet und dabei noch was gelernt: Die Wasserfledermaus fliegt auf der Suche nach Insekten in kleinen Spiralen mit wenig Abstand über die Wasseroberfläche,

während der große Abendsegler in einer langgestreckten Linie dahingleitet und dabei sein Maul aufsperrt.



Neues aus Berlin

Politische Informationsfahrten nach Berlin

An unseren Informationsfahrten nach Berlin haben im April und Mai bereits knapp hundert Menschen aus Schleswig-Holstein teilgenommen. Mit dabei etwa eine Berufsschulklasse für Metallbauer aus Ahrensburg, der 11. Jahrgang des Geographieprofils der Max-Planck-Schule Kiel, eine internationale Gruppe aus Lübeck, Genoss:innen vom Flensburger SDS und aus weiteren aktivistischen Kreisen.

Neben dem gesetzten Programmpunkt „Besuch im Deutschen Bundestag“ und „Gespräch mit dem Abgeordneten“, standen die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Ausstellung „Topografie der Terrors“ und die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und die Ausstellungen „On Water“ im Humboldt-Forum und „Natur und deutsche Geschichte: Glaube – Biologie – Macht“ im Deutschen Historischen Museum auf dem Programm. Aber auch ein be-

sonderer Stadtrundgang mit Rosie von querstadtein zu den Folgen des Klimawandels und ein Treffen mit einer Campaignerin von Urgewald, einer Organisation, die sich u.a. mit dem klimaschädlichen Investitionsverhalten von Banken und Versicherungen beschäftigt.

Bei beiden Fahrten wurde viel darüber diskutiert, wie uns die Klimakatastrophe betrifft, was wir konkret tun können und wie der Weg zu einer gerechteren und nachhaltigeren Welt aussieht.

Das Geographieprofil der Max-Planck-Schule in Kiel hat Eindrücke der Fahrt, besonders den Besuch beim PIK, direkt in ihr laufendes Schulprojekt einfließen lassen. Sie haben über Monate an einer Plakatausstellung gearbeitet, die sich der Klimakatastrophe, ihren Folgen und unseren Einflussmöglichkeiten widmet. Das Projekt ist so gut geworden, dass die Ausstellung jetzt mit Unterstützung eines großen Schulbuchverlags vervielfältigt wird, um bundesweit an Schulen eingesetzt zu werden.

Da Gösta am Tag der Ausstellungseröffnung auf Ausschussreise war, hat Robin stellvertretend für unser Team teilgenommen und auf dem Podium mit den Schüler*innen und Lehrkräften über sozial gerechten Klimaschutz diskutiert.

Gösta wird die Schule Anfang Herbst besuchen und sich von den Schüler:innen durch die Ausstellung führen lassen.



Skandinavienreise

Dänemark

Wir waren mit einer Delegation des Umweltausschusses zu Besuch in Dänemark. Dabei haben wir uns der Frage gewidmet, wie Klimaschutz und Dänemark funktioniert und was wir daraus lernen können. Dänemark gehört zu den Vorreitern in Sachen Klima- und Energiepolitik in Europa. Auf der Reise bekam ich im State of Green einen Einblick in Dänemarks grüne Transformation, habe in einem Treffen mit der Botschafterin näheres zu der politischen Situation in Dänemark erfahren, hatte einen Termin mit dem dänischen Bauernverband, habe mich mit Kolleg*innen von dem grünen Think-Tank Concito getroffen, habe mir einen Abstecher nach Christiania nicht nehmen lassen und Vieles mehr. Unser Nachbarland zeigt dabei viele positive Entwicklungen im Bereich Klima- und Energiepolitik. Dänemark will bis 2030 seine Treibhausgasemissionen

gegenüber 1990 um 70 Prozent senken. Schon heute kommen 64 Prozent des Stroms aus Wind und Sonne. Darüber hinaus werden 70 Prozent der Haushalte mit Fernwärme beheizt, 80 bis 90 Prozent der Kommunen haben bereits einen eigenen Klimaplan und Fernwärmeversorger unterliegen einem Gewinnverbot. Für die Wasserversorgung gibt es eine ähnliche Regelung.



Finnland

Nach unserem Besuch in Dänemark ging es weiter nach Helsinki. Auch dort haben wir uns ein Bild von der finnischen Energie- und Klimapolitik gemacht. Wir haben das Parlament besucht, ein AKW samt Endlager angeschaut und einen Betrieb besichtigt, der sich auf grünen Wasserstoff spezialisiert hat.

Auch Finnland macht vieles richtig. So haben wir uns mit Kolleg*innen über die Vision Zero und die Verkehrswende in Helsinki ausgetauscht. Ziel ist es, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu senken. Dafür werden Radwege konsequent ausgebaut und sicherer gemacht. Zudem werden Tempolimits durch einkommensabhängige Bußgelder streng durchgesetzt. So gehen Sicherheit, lebenswerte Städte und Klimaschutz Hand in Hand. Finnland setzt

ebenfalls stark auf Erneuerbare und plant, bis 2035 klimaneutral zu sein. Dynamische Stromtarife sorgen schon jetzt für günstigen Strom zu bestimmten Tageszeiten. Auch beim Thema grüner Wasserstoff ist Finnland ganz vorne mit dabei. Allerdings setzt das Land parallel weiterhin auf Kernkraft. Bei meinem Besuch habe ich mich in meiner Ablehnung von neuen Atomkraftwerken mehr als bestätigt gefühlt, weil sich auch in Finnland zeigt, dass neuer Atomstrom schlicht unrentabel geworden ist.

Zuletzt musste ich in Finnland aber auch mit ansehen, wie eine rechte Regierung linke Errungenschaften zurückdreht. Dort regieren die Konservativen zusammen mit den rechtspopulistischen Basisfinnen. Die Bilanz ist verheerend: massiver Sozialabbau, Kürzungen, die das soziale Zusammenleben angreifen, Bremsklotz bei der Energiewende und eine steigende Obdachlosigkeit.

Sowohl Finnland als auch Dänemark zeigen viele Ansätze, wie Klimagerechtigkeit aussehen kann und wie wir lebenswertere Städte und Kommunen schaffen. Ich habe einige dieser Ideen mit nach Berlin genommen und danke allen Beteiligten herzlich für die Gastfreundschaft!



Parlamentarische Initiativen

E-Autos bezahlbar für alle

Gemeinsam mit meiner Kollegin Agnes Conrad habe ich einen Antrag eingebracht, um Elektro-Autos bezahlbar zu machen und deren Förderung sozial und ökologisch neu auszurichten. Vor allem gebrauchte E-Autos, die weitaus erschwinglicher sind, sollen gefördert werden. Wir haben in unserem Antrag außerdem die Bundesregierung aufgefordert, ein Programm über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für vergünstigtes Leasing von E-Fahrzeugen („Soziales Leasing“) einzuführen, das gezielt Haushalte mit geringem Einkommen sowie Familien unterstützt. Förderfähig müssten ausschließlich batterieelektrische Fahrzeuge sein. Der Kauf oder das Leasing von Plug-in-Hybridfahrzeugen sowie Fahrzeugen mit Range-Extendern muss ausgeschlossen werden, denn genau diese sind weder umweltfreundlich noch effizient. Die Antriebswende ist ein Baustein für die gesamte Verkehrswende und dafür braucht es dringend ein 9-Euro-Ticket, massiven Ausbau von Bus- und Bahnstrecken, um mittelfristig die Abhängigkeit auf den individuellen Autoverkehr zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen.

LNG-Flüssiggas aus den USA stoppen!

Donald Trump sorgt weltweit für Unruhe und das bekommen wir alle weltweit zu spüren. Die EU sowie die Bundesregierung hält dem jedoch nichts entgegen: Die EU hat sogar mit Trump verabredet, dass Europa massiv Flüssiggas (LNG) aus den USA importieren soll. Das ist der komplett falsche Weg

– klimapolitisch sowie für die europäische Unabhängigkeit. Deswegen habe ich ein Antrag miteingebracht, welches einen sofortigen Stopp von LNG-Gas aus den USA verlangt. Außerdem haben wir als Fraktion in dem Antrag verlangt, die bestehenden Lieferverträge zwischen der SEFE (die aktuell verstaatlichte Gazprom Germania) und der EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) mit dem US-Unternehmen Venture Global LNG einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen und eine Kündigung durch die Staatsfirma SEFE rechtlich zu prüfen. Außerdem wollen wir den übermäßig geplanten Bau von LNG-Terminals stoppen wie z.B. das LNG-Importterminals im Vogelschutzgebiet in Wilhelmshaven. Nur mit einem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien und einem Gasausstiegsplan sind die Klimaziele erreichbar sowie lassen sich gute, zukunftsfähige Jobs für die deutsche Wirtschaft erzielen.

Und mehr

Wortmeldung Antisemitismus

Aus Sorge um unsere Partei habe ich im Kontext der eskalierten Antisemitismusdebatte eine Wortmeldung geschrieben. Diese findet ihr auf meiner Website lorenz-goesta-beutin.de

Veranstaltung mit Moshe Zimmermann

Mittwoch, 2. September, 19 Uhr, Veranstaltung mit dem israelischen Historiker Moshe Zimmermann, Mitautor der "Jerusalem Declaration on Antisemitism".

Fragen, Anmerkungen, Ideen und Hinweise nehme ich gerne unter **lorenz.beutin.wk@bundestag.de** entgegen.